

Rund um die Uhr wird Radioaktivität gemessen

Bürgerinitiative richtet fünf Stationen um Neckarwestheim ein / „Kontrollinstanz“ der LfU

Mit fünf Meßstationen wollen Mitglieder des Bundes der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar (BBMN) in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Strahlenschutz im Unterland stündlich ab sofort die Radioaktivität in der Luft um das Kernkraftwerk Neckarwestheim messen. Dies erklärte ihr Sprecher Jürgen Keppler gestern abend bei einer Pressekonferenz im Restaurant Herzog

Die Landesanstalt für Umweltschutz (LfU) hat laut Jahresbericht 1985 28 Meßstellen um das Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar (GKN) in Neckarwestheim errichtet. In drei Meßhütten in Lauffen, Kirchheim und Neckarwestheim ermittelt das GKN die Werte. Warum will sich auch die Bürgerinitiative im Mittleren Neckar dieser Sache annehmen? Dazu Keppler: „Wir fühlen uns als Kontrollinstanz der LfU“. Denn von der Gegenseite erfahre man keine Werte. Mit den fünf Standorten würden alle Windrichtungen abgedeckt. Er ist sich darüber im Klaren, daß die Initiative „keine Beweise mit den Geräten antreten kann, ob die Jahreswerte in Neckarwestheim überschritten wurden.“ Ihm geht es darum, „kurzfristig den Behörden auf die Zehen zu treten“, wenn der Pegel am Kontrollgerät stärker ausschlagen sollte. Also ein Versuch, die Behörden zu Stellungnahmen „zu zwingen“.

Wie sieht das in der Praxis aus? Das Basisgerät ist nach Kepplers Worten ein handelsübliches Radioaktivitätsmeßgerät. Den Rechner haben die Elektronikingenieure Martin Grünewald (Heilbronn) und Edmund Braun

(Schwäbisch Hall) entwickelt. Grünewald: „Das Gerät sammelt stündlich die Daten der Radioaktivität“. Die „Eigenentwicklung“ schlug mit 1000 Mark zu Buche. Über einen Drucker sollen die Werte in Zahlen und Kurven ausgespuckt werden. Summa summarum kosten die fünf Stationen, die bei Mitgliedern in den Wohnungen stehen, laut Keppler rund 12 500 Mark. Das sei mit Spenden finanziert worden. Denn allein 28 000 Einwander gegen GKN II hätten über 100 000 Mark in den Jahren 1980 bis 1982 gespendet. Mit einem Teil dieser Gelder seien viele Prozesse geführt und „prompt verloren“ worden, meinte Keppler.

Wenn der „normale“ Stundenwert der strahlenden Teilchen bei den Messungen um 16 Prozent überschritten wird, „dann piepst es“ (Keppler). Der Alarm soll über Telefon weitergegeben und das Ergebnis mit anderen Stationen verglichen werden. Keppler weiter: „Da die Geräte entsprechend den am Kraftwerkstandort am häufigsten vorkommenden Windrichtungen angeordnet ist, kann so, nach Berücksichtigung der gerade herrschenden Windrichtung, die Herkunft der Radioaktivität bestimmt werden“.

Zur Langzeitbeobachtung will die Initiative die Meßwerte mit den Windrichtungsangaben des Wetterdienstes Stuttgart und den Betriebs- oder Stillstandszeiten des Kraftwerks in Beziehung setzen. Damit könnten

Christoph in Lauffen. Standorte sind Cleeborn, Lauffen, Talheim, Ilsfeld-Schozach und in wenigen Wochen Walheim. „Wir wollen selbst sehen, was los ist“, umschrieb Keppler das „Wächteramt“ der BBMN. Es gebe bereits Gruppen, die die Radioaktivität in der Nähe von Reaktoren überwachen. Das Ziel: Ein radioaktives Profil im Bundesgebiet.

stärkere Radioaktivitätsabgaben von GKN bei An- und Abfahrbetrieb nachträglich erkannt und festgehalten werden, Störfälle zum Vorschein kommen. Weiterhin ist für die BBMN interessant, ob es größere Ausschläge gibt, wenn der zweite GKN-Block am Ende des Jahres ans Netz geht. Keppler: „Der Nullpegel ist praktisch GKN I“.

Insgesamt sollen die Messungen im Unterland langfristig in eine bundesweite Datenvernetzung eingebunden werden. „Das Ziel ist möglichst kein leerer Punkt im Bundesgebiet“, umschrieb Keppler das Konzept, das unter der Federführung der Warnzentrale Vilsheim (Bayern), ein Verein zur Koordination privater Meßstationen, verwirklicht werden soll. Gemessen wird beispielsweise vom „GAU-Arbeitskreis“ in Ohu, der „Argus-Initiative“ in Mülheim-Kärlich, der Ökobankinitiative in Marburg oder von der BUND-Gruppe Waldshut.

Gleichzeitig haben vier Mitglieder des Bundes der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar gegen die dritte Teilerrichtungsgenehmigung von GKN II beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim erhoben. Unter diese Genehmigung, so ein Sprecher, falle nicht nur die bautechnische Fertigstellung der Anlage, sondern auch der Betrieb des Lagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Somit könne dieses Zwischenlager unabhängig vom Betrieb des Kraftwerks mit Atomüll vollgestellt werden. kin



Jürgen Keppler zeigt, mit welchen Geräten die Radioaktivität gemessen werden soll.

Foto: HSt-Eisenmenger

FR 1.3.88 „Strahlengrenzwerte zu hoch“

Maximaldosis für Atomarbeiter soll herabgesetzt werden

MÜNSTER, 29. Februar (dpa/FR). Unterschiedliche Schlußfolgerungen haben Wissenschaftler auf einem Symposium in Münster aus der Tatsache gezogen, daß niedrige radioaktive Strahlendosen gefährlicher sind als bisher angenommen wurde. Für eine deutliche Senkung der derzeit in der Bundesrepublik allgemein gültigen Obergrenze der zusätzlichen Strahlenbelastung aus Atomanlagen von 30 Millirem sprach sich beispielsweise der Naturwissenschaftler Professor Ernest Sternglass aus New York aus, dagegen der Direktor des Strahlenbiologischen Institutes in Münster, Professor Horst Traut. Er forderte allerdings eine Senkung des speziellen Grenzwertes, der für Beschäftigte in Atomanlagen gilt.

Daß die Gefahr von niedrigen Strahlendosen bisher unterschätzt worden war, wurde aus Neuberechnungen geschlossen, wonach die von der Hiroshima-Bom-

be ausgehenden Gamma-Strahlen doppelt bis fünffach verheerender gewirkt haben müssen als bislang bekannt.

Sternglass sagte, die bisherigen Grenzwerte seien zwar für Erwachsene vielleicht angemessen, für Kleinkinder aber lägen sie um ein Vielfaches zu hoch. Insbesondere die Belastung durch Jod und Strontium habe in Hiroshima vermehrt Fehlgeburten und Krebs hervorgerufen.

Traut meinte dagegen, die Grenzwerte seien angesichts der in der Bundesrepublik ohnehin zwischen 100 und 300 Millirem schwankenden natürlichen Radioaktivität ausreichend. Für nicht vertretbar hält er es jedoch, daß der Gesetzgeber Kraftwerksbeschäftigten eine Jahresbelastung von 5000 Millirem zumute, was in 40 Berufsjahren einer „viel zu hohen Gesamtbelastung von 200 000 Millirem“ gleichkomme. Traut forderte eine Senkung „um mindestens die Hälfte“.

GKN gibt wöchentlich Dosisleistung bekannt

Zwischen 5,4 und 6,3 Mikrorom pro Stunde schwankte die Ortsdosisleistung der Radioaktivität in der Luft in der Umgebung des Gemeinschaftskernkraftwerks Neckarwestheim (GKN). Diese Daten der vergangenen Woche gab die GKN-Geschäftsleitung bekannt. „Wir beabsichtigen, jede Woche einen solchen Bericht herauszugeben“, meinte GKN-Pressesprecher Uwe Mundt zu dieser Art von Öffentlichkeitsarbeit. Es gebe bei den Bürgern ein Bedürfnis, solche Meß-

ergebnisse zu bekommen. Nach Angaben von Mundt bewegte sich diese Dosisleistung „im Durchschnitt der vergangenen Jahre, die Schwankungsbreite liegt innerhalb der natürlichen“. Die Daten seien mit einem kontinuierlich messenden Gerät an der von GKN betriebenen Meßhütte in Neckarwestheim ermittelt worden. Der höchste Wert wurde laut GKN-Pressesprecher am 15. März um 7.30 Uhr, der niedrigste am 13. März um 9.25 Uhr gemessen.

Warum veröffentlicht GKN jetzt wöchentlich Dosisleistungen? Es gebe Leute um die Keppler-Gruppe, die meinten, das GKN würde etwas verheimlichen, so

Mundt. Außerdem würden sie so tun, als käme man an die Daten nicht heran. Dabei habe GKN auf Anfrage schon immer Werte bekanntgegeben.

„Die machen es als Reaktion auf unsere Arbeit“, sagte Jürgen Keppler, Sprecher der Bürgerinitiative Mittlerer Neckar (BBMN), zum ersten GKN-Bericht über die Ortsdosisleistung der Radioaktivität in der Luft. Denn seit Februar würden BBMN-Mitglieder mit fünf Meßgeräten die Dosis um das Kernkraftwerk überwachen. Eines hat die Initiative nach Worten Kepplers schon erreicht: „Wir wollten in Bewegung bringen, daß das offener wird.“

Heimische Nahrungsmittel auf den „Chemikalien-Prüfstand“?

GfSU will Arbeit ausweiten / Warnung vor Schoko-Nuß-Eiern



Bei der Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland (GfSU) werden demnächst die Weichen neu gestellt, nachdem die radioaktive Belastung der Lebensmittel und auch die eingereichten Proben aus der Bevölkerung stark zurückgegangen sind. Wie aus dem jüngsten Mitglieder-Rundschreiben des Vereins hervorgeht, kristallisieren sich – neben den laufenden Messungen – zwei Möglichkeiten heraus: Einstieg in den Aufbau eines Luftüberwachungsnetzes von Atomkraftwerken in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Mittlerer Neckar. Oder: Die Erweiterung des Aufgabengebietes in der Form, daß auch chemische Rückstände und Schadstoffe in Lebensmitteln untersucht werden sollen.

Im letzteren Fall, so erläutert GfSU-Vorsitzende Claudia Schädel gegenüber der HSt, sollen besonders ausgewählte Lebensmittel aus der näheren Umgebung untersucht werden. Tests von „natur“ und „Öko-Test“ z. B. hätten stets bundesweite Gültigkeit und seien nur bedingt umsetzbar. Eigene Analysen mit „Regionalcharakter“ würden von anerkannten Instituten durchgeführt und ausgewertet. Für ihren Arbeitskreis „Chemie in Lebensmitteln“ sucht die GfSU noch aktive, fachkundige Mitglieder. Über die endgültige Richtung, die der Verein einschlägt, soll auf einer gesonderten Hauptversammlung demnächst entschieden werden.

● Zur aktuellen Strahlenbelastung – knapp zwei Jahre nach Tschernobyl – rät die GfSU auch dieses Jahr zur Vorsicht bei österlichen Naschereien. Schoko-Nuß-Eier bzw. aus Nougat seien für Kinder noch immer recht cäsiumhaltig. In einem Nußkuchen (Belgien) wurden 114 Bequerel (Bq) gemessen.

● Verschiedene Vitaminsäfte und Nektare erreichen bis 40 Bq je Liter. Feigen aus der Türkei enthielten nach Messungen aus Bremen 81 Bq/kg, getrocknete Aprikosen (Türkei) 100 Bq, bulgarischer Schafskäse 125 Bq, italienische Teigwaren (Lasagne, Spaghetti), Weizengriß (Frankreich) und Kondensmilch bis 52 Bq. Wasa-Knäckebrot kommt auf 31 Bq. Die Belastung bei Fleischwaren aus heimischen Metzgereien liegt nach GfSU-Messungen jetzt unter der Nachweisgrenze. Eindringlich wird vor (getrockneten) Waldpilzen und -beeren gewarnt, die man mindestens zehn Jahre meiden sollte, so die GfSU.

Der Verein sieht sich im übrigen in seinen Befürchtungen bestätigt, nachdem ein internationales Symposium kürzlich festgestellt hatte, daß niedrige Strahlendosen wesentlich gefährlicher seien, als bislang angenommen.

Anläßlich der jüngsten GfSU-Jahreshauptversammlung berichtete Dipl. Physiker Wolfgang Porada vom Elternverein Restrisiko e. V., Wiesbaden, über seine Aktivitäten und appellierte, die Diskussion über die Problematik der Radioaktivität wach zu halten. In den geschäftsführenden Vorstand der GfSU wurden Claudia Schädel, Neckarsulm, und Siglinde Reitter, Neuenstadt, gewählt; Kassier Walter Reuschling.

awa